



Menschenleere Plätze,
auf denen sich sonst Touristen
und Einheimische tummeln,
Gesundheitssysteme an der
Grenze der Leistungsfähigkeit,
kaum absehbare
wirtschaftliche und soziale
Folgen, eine weitgehend
gelähmte Europäische Union
und die Einschränkung
demokratischer Grundrechte –
das alles sind Gesichter
der Coronakrise. Wird Europa,
wird die Welt nach der
Pandemie eine andere sein?

Eines zumindest ist klar:
Ein „Weiterso“ kann es nicht
geben.



Inhalt

Andreas Thomsen/Uwe Sattler Europa und Corona	2
Walter Baier Das neoliberale Weltmarktprojekt ist auch in Europa gescheitert	3
Andreas Thomsen Deutsche Sturheit und das Ende der EU	6
Martin Schirdewan im Interview „Solidarität ist das Gebot der Stunde“	7
Cornelia Ernst/Manuela Kropp Schafft Corona den europäischen Green Deal ab?	9
Stephan Kaufmann Rettung auf Kredit	10
Haidy Damm Lockdown für Lebensmittel	11
Hans-Jürgen Urban im Interview „Die IG Metall wird sich nicht ins Homeoffice zurückziehen“	12
Mascha Malburg „Katastrophale Auswirkungen“ auf Frauen weltweit	14
Florian Horn Die Coronakrise des Freihandels	15

Impressum

Info: Europa + Corona wird herausgegeben von der common verlagsgenossenschaft e.G., Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin kontakt@common.berlin

Redaktion Uwe H. Sattler (V.i.S.d.P.), Andreas Thomsen

Layout Michael Pickardt

Titelfoto Sameer Al-Doumy, AFP

Druck BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, Am Wasserwerk 11, 10365 Berlin

Info: Europa + Corona wird gefördert von der Rosa-Luxemburg-Stiftung aus Mitteln des Auswärtigen Amtes

Editorial

In den vergangenen Monaten hat die Corona-Pandemie Europa, ja die ganze Welt in Atem gehalten. Millionen Menschen wurden mit dem Covid-19-Virus infiziert, Hunderttausende sind im Zusammenhang mit der Krankheit gestorben. Während die von der Pandemie oft schwer getroffenen europäischen Staaten die Erkrankungswelle zunehmend besser in den Griff bekommen, sind die Folgen für den Globalen Süden ebenso wenig absehbar wie die Auswirkungen auf die Weltwirtschaft und die Handelsbeziehungen, auf die multilaterale Zusammenarbeit, die Struktur der internationalen Beziehungen und nicht zuletzt auch auf die Zukunft der Europäischen Union.

Das Virus hatte die EU nicht unerwartet, aber doch unvorbereitet erreicht. Nicht nur Italiens Krankenhäuser waren angesichts der großen Zahl an Infizierten überfordert; auch die Gesundheitssysteme anderer EU-Staaten gelangten schnell an ihre Belastungsgrenze. Überraschen kann das nicht, wurde doch in den vergangenen Jahren gerade in diesem Bereich ein rigoroser Sparkurs umgesetzt – übrigens nicht zuletzt auf Druck der Europäischen Kommission. Was folgte, war eine lange Schockstarre „Brüssels“, in der die einzelnen Staaten das Heft des Handelns in die Hand nahmen, obwohl gemeinschaftliches Vorgehen das Gebot der Stunde gewesen wäre. Die Bilder von geschlossenen Grenzen und vom Gefeilsche um Hilfen für besonders stark betroffene Länder wirkten wie aus der Zeit gefallen.

Wie durch ein Brennglas hat die Coronakrise Zustand und Probleme der Europäischen Union sichtbar gemacht. Dabei wurden abermals zwei Dinge offensichtlich: Zum einen, dass die Europäische Union zu einem gemeinsamen Handeln in schwierigen Situationen nicht in der Lage ist – auch nicht 70 Jahre nach dem Aufruf des damaligen französischen Außenministers Robert Schuman zur Schaffung einer deutsch-französischen Montanunion, mit dem die heutige EU ihre Geburtsstunde erlebte. Auch die folgenden Schritte der europäischen Integration waren vor allem wirtschaftlich geprägt. Eine wirkliche Europäisierung der Politik, wenn auch immer wieder diskutiert, wurde aus nationalegoistischen Gründen immer wieder auf die lange Bank geschoben – obwohl ein Großteil der Probleme europäisch oder gar global ist und auch nur so zu lösen. Zum anderen zeigt sich einmal mehr, dass es mit Gemeinschaft, die sich die EU auf die Flagge geschrieben hat, nicht weit her ist. Ob bei der verweigerten Aufnahme von Geflüchteten in der jüngeren Vergangenheit oder in der Coronakrise bei der Konfiszierung von Mundschutzmasken, die für andere Länder bestimmt waren: Im Ernstfall steht europäische Solidarität doch hinter nationalem Egoismus zurück.

Eine Debatte über die Zukunft der EU, das wurde in der Krise überdeutlich, ist überfällig. Welche Auswirkungen hat Corona auf die Wirtschaft, die Staatsfinanzen, die EU-Haushaltspolitik? Wie werden sich die politischen Systeme nach der weitgehenden Einschränkung demokratischer Grundrechte entwickeln, welche Konsequenzen gibt es durch die Erfassung von Infektionsketten für den Datenschutz? Welche Folgen gibt es für die Flüchtlings- und Migrationspolitik oder für Arbeitnehmerrechte? Und: Wer wird für die Krise bezahlen? Abermals jene Kreise der Bevölkerung, die schon in der Finanz- und Bankenkrise die Zeche zahlen mussten? Dies alles sind Fragen, der sich auch die politische Linke stellen muss.

Die Texte in „Info: Europa + Corona“ sind in den Monaten März bis Mai entstanden – teilweise zu konkreten Anlässen wie den Gewerkschaftsaktionen zum 1. Mai, zur Debatte des Europäischen Rats über Coronabonds oder die Veröffentlichung eines Berichts des UN-Bevölkerungsfonds zur Auswirkung der Pandemie auf Frauen weltweit. Die Beiträge gehen in ihrer Analyse jedoch weit über die akute Krise hinaus. Und sie zeigen Ziele und Wege auf, wie sich Europa, die EU und die internationalen Beziehungen verändern müssen. Ganz unabhängig von Corona.

Andreas Thomsen

Uwe Sattler



Rom
28. März 2020
Vincenzo Pinto
AFP

Das neoliberale Weltmarktprojekt ist auch in Europa gescheitert

Die Coronakrise zeigt: Wir müssen auf neue Weise über die Europäische Union nachdenken. [Von Walter Baier](#)

Ende 2019 kündigten Europäische Kommission und Europaparlament die Einberufung einer Konferenz zur Zukunft Europas an, die unter Beteiligung der Bürger*innen vorbereitet werden soll.

Der Topos Zukunft der Integration beschäftigt die Europa-politik seit der Finanzkrise. 2017 veröffentlichte die EU-Kommission das Weißbuch zur Zukunft Europas. Wer erinnert sich noch an die fünf Szenarien, die in der Substanz darauf hinausliefen, eine neue EU zu skizzieren, ohne die alte zu verändern?

Im September desselben Jahres stellte der französische Präsident Macron in einer Grundsatzrede an der Sorbonne die Initiative für Europa vor: Abbau der Arbeitslosigkeit und ökologischer Wandel, Finanztransaktionssteuer, Digitalsteuer, Mindestsätze für Vermögensbesteuerung, Konvergenz der sozialen Standards, eine deutliche Erhöhung des EU-Haushalts und die Demokratisierung der EU-Institutionen – Emmanuel Macron ließ keines der Defizite der EU aus, um zu einer Neugründung der EU aufzurufen. Doch als sich wenig später die deutschen und französischen Regierungsspitzen zur Feier des 55. Jahrestags des Elysee-Vertrags in Paris trafen, fand sich in der Abschlusserklärung nichts von Macrons Vorschlägen.

Damit war die Debatte noch vor den Europaparlamentswahlen zum Stillstand gekommen.

Die „Leuchtturmprojekte“, über die man mit den Mitgliedsstaaten übereinkommen konnte, waren die 2017 beschlossenen Aufrüstungsprogramme und der Ausbau der Europäischen Agentur für Grenz- und Küstenwache Frontex. Militär und Flüchtlingsabwehr, das geht offensichtlich immer, während die Vollendung der Bankenunion, die eine finanzielle Verpflichtung der Großbanken impliziert, in die Warteschleife verschoben wurde. Enttäuschend im Umfang und im Finanzierungsmodus fiel Anfang dieses Jahres auch der European Green Deal aus, mit dem die Von-der-Leyen-Kommission auf die Klimakrise reagieren wollte.

Das Versagen der EU in der Gesellschafts- und Ökologiepolitik darf nicht erstaunen, kann eine Integration einer Union kapitalistischer Staaten doch nicht anders als primär über Märkte erfolgen, denen das Sensorium für gesamtgesellschaftliche Erfordernisse fehlt.

Die Meilensteine der EU, die Römischen Verträge, die Einheitliche Europäische Akte, der Vertrag von Maastricht und der Lissabonner Vertrag, haben den marktwirtschaftlichen Charakter der EU immer weiter ausgeprägt. Und auch Emmanuel Macron hat im Kontrast zum innovativen Gestus, in dem er seine Grundsatzrede an der Sorbonne vortrug, den Binnenmarkt als den „eigentlichen Geist Europas“ bezeichnet.

Es ist eine Tatsache, dass die jahrelange Enttäuschung über die Europäische Union sich in mehreren Ländern zur Überzeugung verdichtet, sie sei nicht reformierbar.

Allerdings steht der Integration über die Märkte schon von Beginn an die, keineswegs exklusiv von der Linken vertretene, Gegentendenz gegenüber, die Marktwirtschaft mittels staatlicher und supranationaler Institutionen in politische Ziele einzubetten. Im Zusammenstoß dieser beiden Tendenzen besteht die Geschichte der europäischen Integration.

1951 wurde die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl gegründet, die an die Stelle der Ruhrbehörde trat, die nach dem Krieg die deutsche Schwerindustrie alliierter Kontrolle unterstellt hatte. Neben dem zollfreien Handel mit Gütern der Schwerindustrie wurde durch sie auch eine Hohe Behörde mit weitreichenden dirigistischen Vollmachten geschaffen.

Einen politischen Höhepunkt erreichte die Auseinandersetzung zwischen Politik und Markt 1984, als das erste direkt gewählte Europaparlament den unter Führung von Altiero Spinnelli verfassten Entwurf für einen Vertrag zur Gründung der Europäischen Union annahm. Darin war vorgesehen, die europäische Marktwirtschaft sozialen Zielsetzungen – Vollbeschäftigung, Überwindung der Ungleichheit, Schutz der Umwelt und kultureller Fortschritt wurden explizit angeführt – unterzuordnen. Ferner sollte die Initiative bei der Ausgestaltung und Weiterentwicklung der Union zum Europäischen Parlament verlagert werden, dies, ohne die Rechte der nationalen Parlamente einzuschränken.

Das Ergebnis ist bekannt: Die Staats- und Regierungschefs verabschiedeten 1985 die Einheitliche Europäische Akte, in der sie das Ziel setzten, in kurzer Frist einen umfassenden europäischen Binnenmarkt zu verwirklichen, was den Sieg der marktwirtschaftlichen Tendenz bedeutete. Als sich 1992 die Staats- und Regierungschefs zum Gipfel in Maastricht versammelten, konnten sie angesichts grundlegend geänderter Lage der Weltwirtschaft und der Weltpolitik darangehen, diesen Sieg durch die Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion unter den berühmt gewordenen Kriterien zu vervollständigen.

Die Auseinandersetzung flammte neuerlich auf, als die Staatschefs ihre Konstruktion 2005 als Entwurf eines Vertrages für eine europäische Verfassung den Völkern zur Bestätigung vorlegten und bei drei Staaten abblitzten. Dass die gescheiterte Verfassung zwei Jahre später als Lissabonner Vertrag auf einer Regierungskonferenz beschlossen wurde, hat das Ansehen der EU gewiss nicht erhöht.

Zur bislang letzten dramatischen Zuspitzung im Zweikampf Markt gegen Demokratie kam es, als 2015 Syriza die griechische Regierung übernahm und aus dem Korsett der neoliberalen Austeritätspolitik ausbrechen wollte.

Die Härte, mit der der Versuch, einen alternativen Exit aus der Krise zu finden, von den Kreditoren unterdrückt wurde, und die Brutalität der dem Land aufgezwungenen Sparprogramme haben europaweit Entsetzen ausgelöst, aber auch die Differenzen, die innerhalb der radikalen Linken im Hinblick auf die EU seit je bestanden, reanimiert.

Die Frage, der sich die europäische Linke und die Linke jedes einzelnen Staats zu stellen hat, ist, welches Ausmaß und welche Form einer europäischen Integration sie als Alternative zur real existierenden EU in dem heutigen Kapitalismus für angemessen hält. Die Antworten können – je nachdem, ob man über Europa als Ganzes spricht oder über einzelne Staaten – und je nach deren Lage unterschiedlich ausfallen.

Der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU macht zudem deutlich, dass Paneuropäismus nicht durch die Grenzen der EU definiert werden kann. Das Recht von Staaten, aus der Währungsunion oder der EU auszutreten, ist unbestreitbar. Trotz der Zunahme desintegrativer Tendenzen stellt ein ungeordnetes Auseinanderbrechen der EU in ihre 27 oder mehr Bestandteile, zumindest unter Friedensbedingungen, ein sehr unwahrscheinliches Szenario dar. Plausibel ist hingegen das Aufbrechen alter europäischer Konfliktlinien zwischen einem unter der Ägide Deutschlands stehenden zentraleuropäischen Blocks und einem von Frankreich angeführten Block des Südens und des Westens. Ob eine solche Neuordnung zu stabili-

leren sozialen und politischen Verhältnissen führt, kann angezweifelt werden.

Es ist eine Tatsache, dass die jahrelange Enttäuschung über die Europäische Union sich in mehreren Ländern zur Überzeugung verdichtet, sie sei nicht reformierbar. Man kann diese Veränderung in der Stimmungslage nicht ignorieren und soll auch nicht versuchen, die Unterschiede in der Wahrnehmung der Europäischen Union durch Kompromisse zu kaschieren. Beide Entwicklungen bilden einen Ausgangspunkt der strategischen Debatte, die heute zu führen ist.

Dies gilt umso mehr, als in jeder institutionellen Ordnung Europas die Staaten heute und auf Sicht eine wirtschaftliche und politische Macht bleiben, was in ein transparentes und effizientes System definierter Kompetenzen und Checks and Balances zwischen ihnen und der Union erfordert.

Wenn die strategische Aufgabe darin besteht, die Souveränität der Völker nicht gegeneinander, sondern miteinander gegenüber den Finanzmärkten wiederzugewinnen, muss die demokratische Selbstbestimmung der Bevölkerungen über ihre Staaten verteidigt werden. Daher müssen wir verlangen, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt nicht wieder aktiviert, sondern abgeschafft wird. Stattdessen müssen die Finanzinstrumente der EU, die EZB, die Europäische Investitionsbank und der ESM zur Verfügung stehen, um nationale Programme zur Rekonstruktion der Gesundheits- und Sozialsysteme und darüber hinaus die ökologische Transformation der Wirtschaften zu finanzieren.

Die Stärkung der sozialen Infrastrukturen, die Restrukturierung der europäischen Industrien entsprechend ökologischer Erfordernisse, die Beseitigung regionaler Ungleichheit, der Aufbau leistungsfähiger Energie- und Transportnetze und die Mobilisierung der dafür erforderlichen Finanzkraft, die über den Umfang des jetzigen Haushalts der EU hinausgeht, erfordern langfristige und belastbare übernationale Kooperation. Soll diese nicht dem Markt überlassen werden, so braucht es auch eine übernationale politische Steuerung.

Das wäre die Aufgabe die EU. Diese präsentiert sich heute als ein seltsamer Hybridkörper: eine Freihandelszone mit einem erheblichen bürokratischen Apparat, der sich in der Krise als handlungsunfähig erweist, auf der einen und ein Parlament, dem die Macht fehlt, Markt und Bürokratie zu steuern, auf der anderen Seite.

Das führt zur Frage der politischen Führung. Die europäische Linke muss sich auch auf der europäischen politischen Szene als eine Kraft bewegen, die den Anspruch auf Führung erhebt. Politischer Führungsanspruch heißt, den Kampf um eine Ausweitung der Demokratie zu führen.

Das Argument der Liberalen, dass das Defizit der europäischen Demokratie im Fehlen einer europäischen Öffentlichkeit bestünde, ist schwach. Zutreffender ist, dass die europäische Zivilgesellschaft, die Gewerkschaften und die sozialen und ökologischen Bewegungen über nur eingeschränkte Möglichkeiten verfügen, die europäische Politik zu beeinflussen, für die nach wie vor die durch wirtschaftliches und politisches Gewicht bestimmte Hierarchie der Nationalstaaten maßgeblich ist.

Es ist trivial festzustellen, dass die wesentlichen Machtpositionen der Linken auf der Ebene der Nationalstaaten liegen. Sie vor der destruktiven Tendenz des unkontrollierten Binnenmarkts zu schützen, ist in jedem Fall strategisch erforderlich. Da aber die politischen Entwicklungen in den einzelnen Staaten ungleichzeitig verlaufen und die europäischen Entwicklungen auch in unterschiedlichem Maß beeinflussen, wirkt das Übergewicht der Regierungen in der europäischen Politik als ein Filter, der soziale Änderungen blockiert. Darin besteht das Patt. Es zu durchbrechen, erfordert Demokratie, das heißt, dass auch auf europäischer Ebene unterschiedliche und antagonistische Parteien um Einfluss wettstreiten, miteinander kooperieren oder einander in Regierung und Opposition konfrontieren.

Dazu braucht es außer sozialer Bewegung ein souveränes, frei gewähltes Parlament, das anstelle des Rats der Staats- und Regierungschefs in allen Angelegenheiten, für die die

EU zuständig ist, zur entscheidenden Instanz im System der Institutionen wird. Dabei müssen die politischen Parteien auf europäischer Ebene eine Schlüsselrolle spielen. Die logische Schlussfolgerung wäre, dass die Partei der Europäischen Linken sich für die Aufwertung der Parteien, darunter sie selbst, und insbesondere dafür einsetzt, dass sie sich mit europäischen Listen zu den Wahlen stellen können.

Die Corona-Pandemie hat deutlich gemacht, dass die gefährlichsten Bedrohungen, vor denen die Gesellschaften stehen, nicht militärischer, sondern sozialer und ökologischer Natur sind.

Sollte sich die erwartete Rezession tatsächlich in dem Maße auswachsen, die manche Fachleute befürchten, so wird erst recht eine Umleitung der Mittel, die für die Erhöhung der Militäretats der Mitgliedsstaaten vorgesehen sind, zum Ausbau der öffentlichen Dienste erforderlich sein.

Schutz vor militärischer Aggression ist zudem in erster Linie eine politische Aufgabe, bei der Stärkung internationalen Rechts und kooperativer Strukturen entscheidend sind. Dabei stellt die militärpolitische Anbindung der meisten EU-Mitgliedsstaaten an die unberechenbar gewordene Politik der USA durch die NATO ein wachsendes Risiko dar. Die Bedrohung Europas mit neuen atomaren Massenvernichtungswaffen durch die Aufkündigung des INF-Vertrags durch die USA und Russland und das bevorstehende Auslaufen des START-Vertrags besteht weiter.

Die verheerenden und in Europa kaum wahrgenommenen Auswirkungen der Pandemie in mehreren Staaten Afrikas demonstrieren, dass sich die sozialen und ökologischen Fragen global stellen. Die Flüchtlingsbewegungen der letzten Jahre haben den Europäer*innen vor Augen geführt, dass sich die EU ihrer globalen Verantwortung nur um den Preis der Enthumanisierung ihrer inneren Verhältnisse entziehen kann.

Auch in Zeiten der akuten Gesundheitskrise darf das Schicksal von Zehntausenden Flüchtlingen, die an der EU-Außengrenze unter elendlichen Bedingungen festgehalten werden, nicht ausgeblendet werden. Das Flüchtlingsabkommen der EU mit der Türkei muss aufgehoben und durch eine Politik ersetzt werden, die das in der UN-Menschenrechtskonvention garantierte Asylrecht verwirklicht.

Die Pandemie und die globale ökologische Krise erinnern uns daran, dass das neoliberale Weltmarktprojekt gescheitert ist und nicht nur im globalen Süden, sondern auch in Europa Menschenleben kostet. Es ist jetzt die Zeit, die neoliberalen Handels- und Investitionsabkommen, die die Europäische Union mit den meisten Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas abgeschlossen hat, einer kritischen Überprüfung hinsichtlich der sozialen und ökologischen Schäden, die sie verursacht haben, zu überprüfen.

Wir müssen auf neue Weise über die real existierende Europäische Union nachdenken.

Die EU ist keine universelle europäische Organisation und wird es auf alle absehbare Zukunft hinaus auch nicht sein. Vor allem deshalb, und nicht allein aufgrund ihrer Defizite, kann sie kein Monopol bei der Integration Europas beanspruchen. Sie nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten von Amerika als einen sich immer mehr erweiternden Staat zu denken, ist irreführend. Auch, weil sich durch den Aufstieg Chinas zur Weltwirtschaftsmacht neue Formen der internationalen Kooperation herausgebildet haben, die mit den seit 2012 stattfindenden China-Mittel-Ost-Europa-Gipfeln (16+1-Format) Mitglieder und Nichtmitglieder der EU in einen strukturierten Dialog mit der Staatsspitze Chinas einbinden.

Die notwendige internationale Kooperation bei der Beendigung des Wettrüstens und der Bewältigung der ökologischen Krise erfordert die Reanimierung jener europäischen Foren, die in der öffentlichen Wahrnehmung hinter die Europäische Union zurückgetreten sind: der Europarat und die Organisation von Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, denen alle Staaten des Kontinents angehören. Sie sollten als Formen der Integration verstanden werden, deren langfristige Bedeutung im Hinblick auf die Sicherheit auf dem europäischen Kontinent nicht geringer zu veranschlagen ist als die ökonomische und soziale Integration im Rahmen der EU.

Walter Baier ist Koordinator von „transform! Europe“. Das Netzwerk ist die anerkannte politische Stiftung der Partei der Europäischen Linken (EL).

London
2. April 2020
Tolga Akmen
AFP



Deutsche Sturheit und das Ende der EU

Wenn „Bazooka-Maßnahmen“ in der Coronakrise in Deutschland richtig und wichtig sind, warum sollten sie es dann in Europa nicht sein? Einer Weltwirtschaftskrise mit Europa als einem der Epizentren wird sich keinesfalls mit nationalen Maßnahmen begegnen lassen.

Von **Andreas Thomsen**

Die Ablehnung der Bonds ist ein schwerer Fehler, weil sie auch den Eigeninteressen der ablehnenden Staaten schadet.

Angesichts der Coronakrise und der absehbaren wirtschaftlichen Folgen wurde durch eine Reihe europäischer Staaten, darunter die derzeit am schwersten betroffenen Länder, erneut der Vorschlag unterbreitet, Euro-Bonds aufzulegen. Dieses Mal wurden sie freilich als „Corona-Bonds“ bezeichnet, doch der Gedanke und die beabsichtigte Wirkung sind die gleichen. Durch die Herausgabe gemeinsamer europäischer Staatsanleihen soll Geld eingenommen werden, das dann den in die Krise geratenen Staaten helfen soll, ihre Wirtschaft zu stabilisieren oder wiederaufzubauen. Und anders als bei nationalen Staatsanleihen ist dies günstig und verschlechtert auch nicht das Kapitalmarkttrading der einzelnen Staaten. Bereits in der Banken- bzw. Eurokrise wäre dies ein sehr gutes Mittel gewesen. In der Coronakrise müsste dieser Vorschlag auch hochwillkommen sein und breite Zustimmung genießen. Wäre da nicht ein Problem: die Haltung der in den längst gescheiterten Lehren des Neoliberalismus verharrenden Staaten und ganz besonders das deutsche Festhalten an Austeritätspolitik und dem Dogma der ausgeglichenen Haushalte (Schwarze Null). Die Niederlande, Österreich und eben Deutschland haben das Anliegen aus dem Süden und Westen Europas barsch abgelehnt. Das war ein verhängnisvoller Fehler in gleich zweierlei Hinsicht.

Wenn vielleicht die Ablehnung der Bonds durch die genannten Regierungen nicht überraschend kam, die Schnelligkeit und auch die brüske Härte der Ablehnung war es doch. Der Vorschlag, solche Bonds aufzulegen, wird durch neun Regierungen vorgetragen, voran die französische, die spanische und insbesondere durch den italienischen Ministerpräsidenten Giuseppe Conte. Nach der Ablehnung der Bonds und darauffolgenden scharfen Protesten aus Rom, Paris und Madrid steht nunmehr ein Kompromiss im Raum. Statt Euro- bzw. Coronabonds soll es nun Hilfen in Form von Krediten an in Not geratene Mitgliedsstaaten aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM geben. Das ist nicht annähernd das Gleiche und keinesfalls ein angemessener Kompromiss. Während der Vorschlag der Coronabonds den Gedanken verfolgt, die Krise gemeinschaftlich – als Union – zu lösen, führten Kredite zu weiterer Verschuldung der Mitgliedsstaaten, besonders solcher, die sich von der Finanzkrise noch gar nicht erholt hatten. Wir wissen nicht, ob der Euro die – der Coronakrise folgende – Weltwirtschaftskrise überleben wird. ESM-Kredite würden die Gefahr eher noch verschärfen.

Die Ablehnung der Bonds ist ein schwerer Fehler, weil sie auch den Eigeninteressen der ablehnenden Staaten schadet. Nicht unwahrscheinlich, dass sich in europäischen Staaten in naher Zukunft eine Lage einstellt wie in Griechenland zur Finanzkrise. Schon vor der Coronakrise galt gerade Italien diesbezüglich als Risikofaktor. An Corona kann also der Euro zerbrechen. In Deutschland wurden im Zuge der „Bazooka“-Politik des Finanzministers alle traditionellen Bedenken beiseite gewischt. In der Coronakrise gilt die „Schwarze Null“ nicht mehr, werden Verstaatlichungen in Betracht gezogen, wird im großen Stil Geld in die Wirtschaft gepumpt. All das ist richtig, da es dazu dient, die Wirtschaft am Leben zu halten und die kommende Rezession möglichst abzuschwächen. Nur: Wenn solche Maßnahmen in Deutschland richtig und wichtig sind, warum sollten sie es dann in Europa nicht sein? Einer Weltwirtschaftskrise mit Europa als einem der Epizentren wird sich keinesfalls mit nationalen Maßnahmen begegnen lassen. Ganz offensichtlich ist die Regierung Merkel in diesem Fall sehr schlecht beraten. Denkbar ist vieles, auch dass künftig

eine größere Gruppe europäischer Länder gemeinsame Bonds auflegen wird, ohne sich zuvor das Okay aus Berlin oder Wien einzuholen. Selbstverständlich ist nicht nur denkbar, sondern wahrscheinlich, dass besonders von der Krise betroffene Länder wie etwa Italien auf absehbare Zeit nicht in die Fesseln des Stabilitäts- und Wachstumspakts zurückkehren können oder wollen. Ob die Währungsunion die Weltwirtschaftskrise überdauern kann, ist also völlig offen.

Die Ablehnung der Coronabonds ist aber auch in einer zweiten Hinsicht ein Fehler. Denn es ist eine Frage europäischer Solidarität. Es ist tatsächlich die Frage, ob die europäischen Staaten der Krise gemeinsam begegnen oder als konkurrierende Nationalstaaten. Die meisten Grenzen in der EU sind bereits geschlossen. Krisenbewältigungsstrategien sind bis heute vor allem nationale Strategien, und die Europäische Kommission ist in dieser Phase fast völlig verstummt. Eine verbindliche und schnelle Zusage über europäische Anleihen, insbesondere die derzeit von der Krise am schwersten betroffenen Länder zu unterstützen, ein gemeinsames Wiederaufbauwerk in Gang zu setzen, wäre dringend erforderlich gewesen. Das ist auch eine Frage des richtigen Zeitpunkts. Denn wenn es auch nicht unwahrscheinlich ist, dass es zukünftig noch zu einer Einigung und schließlich der Ausgabe von Coronabonds in der einen oder anderen Form kommen wird – der richtige Zeitpunkt ist verpasst, die kalte Schulter gezeigt. Schwer vorstellbar, dass dies in Frankreich, in Spanien, in Italien rasch vergessen sein wird. „Bazooka-Scholz“ ist also ein Bild, das in Berlin oder in Köln etwas vollkommen anderes signalisiert als etwa in Mailand oder in Madrid. Merkel, Kurz und Rutte haben zu dem Zeitpunkt, an dem es wirklich darauf ankam, der Europäischen Union und ihrer Akzeptanz in den Ländern, in denen Corona nun insbesondere tobt, schweren Schaden zugefügt. Und Schritte die in solchen Zeiten gesetzt werden, hinterlassen bedeutend tiefere Spuren als üblicherweise.

In Deutschland haben sich die Grünen und die Linke für Coronabonds ausgesprochen. Der Parteivorstand der Linken fasste dazu am 4. April einen entsprechenden Beschluss. Auch die Linke-Bundestagsfraktion und die deutsche Delegation der Linken im Europaparlament befürworteten die Bonds. Der SPD-Vorsitzende Norbert Walter-Borjans erklärte gegenüber dem Deutschlandfunk am 1. April ebenfalls seine Zustimmung und ergänzte in diesem Zusammenhang: „Es geht also um die Rettung Europas.“ Bereits am Vortag war allerdings Vizekanzler und Finanzminister Olaf Scholz gemeinsam mit Markus Söder in München aufgetreten. Beide hatten die Bonds dort einmütig als „falschen Weg“ verworfen.

Anfang April 2020 sind die Städte Norditaliens, ist die Region Madrid, ist das Elsass Katastrophengebiet. Die europäischen Binnengrenzen sind geschlossen. Die Europäische Kommission ist macht- und ratlos. Nationalstaaten konkurrieren in der Union um den Erwerb notwendiger Schutzausrüstung. Und eine Initiative der derzeit am schwersten von der Katastrophe betroffenen Länder um eine echte Hilfeleistung und ein klares Signal der Solidarität wird von den – noch – weniger betroffenen Ländern kurz angebunden abgelehnt, während der deutsche Finanzminister im Inland wirtschaftliche Unterstützung in unbegrenzter Höhe zusagt. Wenn die Europäische Union dies überleben wird, dann gewiss nicht in der Form, in der wir sie bisher kannten.

Andreas Thomsen ist Sozialwissenschaftler und leitet das Büro Brüssel und Madrid der Rosa-Luxemburg-Stiftung.



Wien
8. April 2020
Harald A. Jahn
imago images

„Solidarität ist das Gebot der Stunde“

Martin Schirdewan im Gespräch über die verfehlte Krisenpolitik der EU, die populistisch motivierte Ablehnung von Coronabonds durch Berlin und die Chancen der Linken in Europa

Die Linksfraktion hat im Wirtschaftsausschuss des EU-Parlaments einen Aktionsplan zur Überwindung der Coronakrise vorgelegt. Braucht es jetzt immer noch weitere Papiere?

Es braucht politisches, entschlossenes und vor allem europäisches Handeln, um der Krise zu begegnen. Und das sehe ich derzeit auf europäischer Ebene nicht. Deshalb haben wir diesen Zehn-Punkte-Sofortplan vorgelegt. Um Möglichkeiten zu schaffen, wie die EU die in die Krise geratenen Gesundheitssysteme und die von der Pandemie Betroffenen unterstützen kann, wie gleichzeitig Mittel freigesetzt werden können für die sozial am stärksten von der Krise Betroffenen und den Schutz der verletzlichsten Bevölkerungsgruppen. Und dafür, wie wir den wirtschaftlichen Wiederaufbau jetzt schon beginnen können.

In der GUE/NGL sitzen Abgeordnete aus stärker und weniger von der Coronakrise betroffenen Staaten. Haben sie mit einer Stimme gesprochen?

Wir sind uns alle darin einig, dass Solidarität jetzt das Gebot der Stunde bei der Krisenbekämpfung ist. Denn es ist ganz klar, im Moment wird die Zukunft der Europäischen Union verhandelt. Nicht nur, wie man die Krise im Gesundheitsbereich bewältigen kann, sondern tatsächlich auch darüber hinausgehend, welche ökonomische Struktur und welche soziale Struktur die EU nach der Krise haben wird. Hinter all dem steht die Frage: Wer bezahlt die Krise? Wir sind uns einig, dass das nicht die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sein dürfen – wie es nach der Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008/2009 war.

Die Regierungen sind sich in dieser Frage offenbar nicht einig. Es gibt keine Einigung zu Coronabonds.

Wir als Linke fordern die Einführung von Coronabonds. Der Streit der Mitgliedsstaaten über deren Einführung hat genau diesen Hintergrund: Wie sieht die zukünftige Gestalt der EU aus und wer wird für die Krise zahlen? Die Entscheidungen der Eurogruppe sind Ausdruck mutloser Politik, die den Notwendigkeiten der Zeit nicht gerecht wird. Natürlich ist die Unterstützung von kleinen und mittelständischen Unternehmen durch die Europäische Investitionsbank richtig. Ebenso wie die Unterstützung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die von Kurzarbeit betroffen sind.

Aber die zentrale Frage ist doch, wie der wirtschaftliche und soziale Wiederaufbau gestaltet werden kann. Das, was die Finanzminister in den vergangenen Tagen verhandelt haben und was auch von der deutschen Bundesregierung unterstützt wird, ist bei Weitem nicht ausreichend. Deswegen auch der harte Widerstand vor allem aus Europas Süden. Es ist skandalös, dass etwa die Mittelvergabe aus dem ESM weiter an Konditionen gebunden ist. Dahinter verbirgt sich nichts anderes als „Du bekommst Geld, wenn du bestimmte Spar- und Kürzungsmaßnahmen umsetzt“. Der ESM war bislang immer an die Umsetzung von Austeritätspolitik gebunden, und dazu sagen wir als Linke ganz deutlich Nein.

Ein Argument auch der Bundesregierung gegen Coronabonds lautet, es sei schwer vermittelbar, dass etwa Deutschland für die Schulden, die in anderen Staaten gemacht werden, mit geradestehen soll.

Dr. Martin Schirdewan ist Europaabgeordneter der LINKEN. Er steht mit der französischen Politikerin Manon Aubry der Linksfraktion (GUE/NGL) im Europäischen Parlament vor. Das Interview führte **Uwe Sattler**. Der Journalist gehört der Redaktionsleitung der Tageszeitung „neues deutschland“ an und ist Herausgeber von „die-zukunft.eu“.

Das Argument der Bundesregierung ist nicht wirklich schlüssig, da nur eine funktionierende Europäische Union, eine funktionierende Eurozone, Deutschland auch die wirtschaftliche Stabilität sichert. Was die Bundesregierung da macht, ist hochriskant. Daher erscheint mir die Ablehnung von Euro- oder Coronabonds vor allem sehr kurzfristig und populistisch gedacht.

Die Euro-Finanzminister haben sich jetzt auf die Gründung eines recovery funds verständigt. Bislang ist das jedoch nicht mehr als ein leeres Versprechen, weil weder dessen Ausgestaltung noch Finanzierung geklärt sind. Man verschiebt die Problemlösung wieder einmal in die Zukunft. Auf Kosten der am stärksten betroffenen Länder. Einer dieser typischen faulen Brüsseler Kompromisse. Aber es geht doch nicht in erster Linie um Schuldenfragen an dieser Stelle. Es geht um die Zukunft der EU. Und da sind gemeinsame solidarische Antworten und der Schritt zu solidarischen innovativen Finanzinstrumenten gefordert.

Die Coronakrise scheint auch die internationalen Beziehungen weiter zu verändern. Stichwort Unilateralismus Washingtons.

Ja, die globalen Beziehungen und Machtstrukturen unterliegen im Moment tatsächlich einer ständigen Veränderung. Einerseits durch das weiter forcierte „America first“-Agieren der Trump-Administration, die die Welt mit Handelskriegen überzieht und internationale Institutionen wie die UNO und die Welthandelsorganisation offen infrage stellt. Auf der anderen Seite sehen wir natürlich mit China einen neuen Hegemon aufsteigen. Das ist ein globales politisches Spannungsfeld, in dem sich die Europäische Union positionieren muss. Die Frage ist, welche Rolle sie darin spielen will. Ich

persönlich sehe die EU dabei nicht in der Rolle einer Großmacht, die ihre Interessen auch militärisch umsetzt, was viele sich wünschen, wenn sie von einer EU reden, die auch über Hardpower verfügt. Wenn Ursula von der Leyen und ihre Kommission von der neuen geopolitischen Rolle der EU sprechen, dann meinen sie eine EU, die tatsächlich über militärische Interventionsmöglichkeiten verfügt und diese einsetzt. Ich hingegen sehe die Rolle der Europäischen Union darin, dass sie als diplomatische Supermacht in Erscheinung tritt, als eine vermittelnde Kraft. Selbst ein paneuropäisches Projekt ist möglich, sollte sie sich verstärkt für eine neue Weltfriedensordnung einsetzen.

Werden linke Bewegungen und Parteien in Europa aus dieser Krise gestärkt herausgehen?

Die Krise bietet für die Europäische Linke tatsächlich auch eine Chance. Der zentrale Begriff, um den sich gerade alles dreht, ist der Begriff der Solidarität. Plötzlich wird intensiv diskutiert, inwieweit es sinnvoll ist, dass in europäischen Gesundheitssystemen gekürzt und privatisiert wurde. Eine Studie in meinem Auftrag zeigt, dass etwa die Europäische Kommission zwischen 2011 und 2018 die Mitgliedsstaaten 63 Mal aufgefordert hat, genau das mit ihren Gesundheitssystemen zu tun: nämlich zu kürzen und zu privatisieren. Die Folgen sehen wir heute. Diese Diskussion über das Verhältnis und den Nutzen von öffentlichem und privatem Eigentum kann den Neoliberalismus auch in seinem Kern erschüttern. Wenn wir die Frage des öffentlichen Eigentums und des Nutzens für die Bevölkerung wieder in das Zentrum der Debatte rücken. Öffentliche Güter und öffentliche Daseinsvorsorge gehören nun einmal in die öffentliche Hand und müssen ausreichend finanziert werden können. Punkt.

Budapest
3. April 2020
Attila Volgyi
imago images



Schafft Corona den europäischen Green Deal ab?

Covid-19 hat Themen wie den Klimaschutz von der politischen Agenda verdrängt.

Von **Cornelia Ernst** und **Manuela Kropp**

Der europäische Green Deal, das wichtigste Vorhaben der Europäischen Kommission in der aktuellen Legislaturperiode, war bis vor Kurzem in aller Munde. Der europäische Green Deal, vorgestellt am 11. Dezember 2019, umfasst Dutzende Gesetzesvorhaben und Strategien, mit denen die EU-Kommission die Klimaerhitzung bekämpfen möchte. Einige Strategien liegen bereits vor, wie die europäische Industriestrategie oder auch die Strategie zur Kreislaufwirtschaft. Konkret liegt auch schon ein Gesetzesvorschlag auf dem Tisch, das sogenannte Europäische Klimagesetz (European Climate Law).

Nun hat aber die Coronakrise Themen wie Klimaschutz und Umbau der Wirtschaft hin zur Klimaneutralität von der politischen Agenda verdrängt. Als würde die Klimaerhitzung in Zeiten von Corona „Pause machen“. Und als müssten wir nicht umso mehr darauf achten, dass die milliardenschweren Rettungsprogramme gerade klimafreundliche und CO₂-arme Sektoren unterstützen. Also z.B. den Ausbau des Pflegesektors und des Gesundheitssektors allgemein, mit einer besseren Bezahlung der Angestellten, Ausbau der erneuerbaren Energien, Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs, Ausbau des Güterverkehrs auf der Schiene und Förderung der warmmietenneutralen Gebäudedämmung.

Die europäische Automobilindustrie wagt sich aus der Deckung und fordert ganz unverhohlen, dass angesichts von Corona nun strengere CO₂-Grenzwerte für Neuwagen zurückgenommen bzw. ausgesetzt werden müssen. Eine Industrie, die durch den Dieselskandal nun wirklich bewiesen hat, dass es ohne strenge Regulierung und Überwachung durch den Gesetzgeber keinen Fortschritt gibt und die Schadstoffbelastungen die gesetzlichen Vorgaben um ein Vielfaches übersteigen. Zu unser aller Nachteil – und Mediziner äußern den Verdacht, dass in Regionen mit hoher Schadstoffbelastung der Luft die Todesrate bei Covid-19-Infektionen höher liegt als anderswo. Im Verkehrssektor steigen seit Jahren die CO₂-Emissionen, einmal aufgrund des wachsenden Verkehrsaufkommens insgesamt und andererseits aufgrund des Trends zu immer größeren und schwereren Pkw. Die Treibhausgasemissionen des Verkehrssektors machen ungefähr ein Viertel der Treibhausgasemissionen der EU insgesamt aus. Hier ist also dringend ein Umsteuern erforderlich, und die Coronakrise darf nicht zum Vorwand genommen werden, die Verschärfung der CO₂-Grenzwerte zu verschieben.

Hinzu kommt: Volkswagen in Deutschland fordert eine neue „Abwrackprämie“, in der Art, wie sie in der Finanzkrise 2008/2009 zur Förderung des Verkaufs von Autos eingeführt wurde. Dabei sollte doch statt des Absatzes von Pkw-Neuwagen vielmehr der öffentliche Nahverkehr, gerade auch im ländlichen Raum, gefördert werden – hier können genauso gut Arbeitsplätze geschaffen werden und gleichzeitig massiv CO₂-Emissionen eingespart werden.

Außerdem: Aufgrund der Corona-Pandemie verschiebt sich offensichtlich der Zeitplan des europäischen Green Deal allgemein – das geht aus einem Leak des veränderten Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission hervor, das am 29. April 2020 vorgestellt werden soll. Am 19. März 2020 wurde

bekannt, dass aufgrund der Corona-Pandemie Mitgliedstaaten wie Polen und Tschechien unverhohlen fordern, den europäischen Green Deal auszusetzen. Die Forderung nach Aufweichung bzw. Abschaffung des europäischen Green Deal wurde im Europäischen Parlament von den Fraktionen ECR und ID auch während der Plenardebatte am 26. März 2020 vorgebracht.

Nun gibt es natürlich viel zu kritisieren an den bereits vorliegenden Vorschlägen des europäischen Green Deal (das europäische Klimagesetz ist viel zu schwach angelegt, die Industriestrategie schweigt größtenteils zu Erneuerbaren Energien). Aber den europäischen Green Deal nun auch noch zu verschieben, bedeutet, den Klimaschutz hintanzustellen. Dies darf nicht passieren – allein der drohende Dürresommer 2020 zeigt, wie dringend wir handeln müssen.

Einige positive Maßnahmen, die nun zur Bekämpfung der Corona-Pandemie auf europäischer Ebene ergriffen wurden, müssen auch nach Ende der Pandemie erhalten bleiben: die europäischen Regeln für staatliche Beihilfe sind erfreulicherweise ausgesetzt worden, um den Mitgliedstaaten mehr Freiraum bei der Bekämpfung der Krise zuzugestehen. Nach Ende der Pandemie muss dies erhalten bleiben bzw. diese Regeln (die sich die EU-Kommission selbst gibt, ohne demokratische Beteiligung des Europaparlaments) müssen so verändert werden, dass der sozial-ökologische Umbau tatsächlich gelingen kann. Also massiver Ausbau der erneuerbaren Energien, sozialverträgliche Gebäudedämmung, Ausbau des Güterverkehrs auf der Schiene und des ÖPNV. Denn bis zu Beginn der Coronakrise wurden die europäischen Beihilferegeln zugunsten von Atomkraft und Kohlekraft ausgelegt und zuungunsten von Erneuerbaren. Und was zur Bekämpfung von Corona möglich war, muss auch zur Bekämpfung der Klimaerhitzung möglich sein!

Die Diskussion, ob nicht bestimmte globale Wertschöpfungsketten wieder verkürzt werden sollten (bei medizinischer Schutzkleidung und Medikamenten z.B.), müssen wir auch für andere Güter weiterführen. Denn die globalen Verkehrsströme, die aufgrund der global verteilten Liefer- und Wertschöpfungsketten entstehen, erzeugen gigantische, stetig wachsende CO₂-Emissionen. Und wir werden niemals das Zwei-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens einhalten können, wenn wir es nicht schaffen, die globalen Transportströme zu reduzieren, die Produktion zurück in die Nähe der Verbrauchsorte zu verlagern und die regionalen Wirtschaftskreisläufe zu stärken.

Und was für Medikamente und medizinische Schutzkleidung möglich ist, um Corona zu bekämpfen, muss doch auch für andere Güter möglich sein, um die Klimaerhitzung einzudämmen. Hier bietet also die Coronakrise tatsächlich einen Anknüpfungspunkt für linke Forderungen.

Dr. Cornelia Ernst ist Europaabgeordnete in der Linksfraktion GUE/NGL (LINKE).

Manuela Kropp arbeitet bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brüssel, u.a. zu sozial-ökologischer Transformation im Automobilsektor.

Den europäischen Green Deal nun auch noch zu verschieben, bedeutet, den Klimaschutz hintanzustellen.

Rettung auf Kredit

In der Krise zeigt sich die Macht des Euro – und sein Geburtsfehler. **Von Stephan Kaufmann**

Die Corona-Pandemie wird zur schärfsten Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg führen. Gegen den Abschwung stemmen sich alle Staaten der Welt mit Billionen neuer Schulden. Der Kampf gegen Corona wird dadurch zu einem Test auf die staatliche Kreditwürdigkeit: Welcher Standort kann sich seine eigene Rettung überhaupt leisten? In dieser Situation wird offenbar, was der Euro wirklich ist: nicht bloß ein Geld, mit dem man einkaufen kann. Sondern eine mächtige Weltwährung, die zentrale Ressource der Euro-Staaten im Kampf um das Vertrauen der Finanzwelt. Dieses mächtige Instrument jedoch steht schon nächste Woche wieder auf dem Spiel.

Inzwischen werden die ersten Anzeichen der Corona-Rezession sichtbar. Im ersten Quartal 2020 sank die Wirtschaftsleistung der Euro-Zone gegenüber dem Vorquartal um 3,8 Prozent, meldete das europäische Statistikamt Eurostat. In Frankreich schrumpfte sie um 5,8 Prozent, in Italien um 4,7 und in Deutschland voraussichtlich um 2,5 Prozent. Und für das laufende zweite Quartal wird ein noch wesentlich größeres Minus erwartet.

Wie stark das Bruttoinlandsprodukt im laufenden Jahr sinken wird, wie viele Unternehmen und Arbeitsplätze verschwinden werden und wie stark der Aufschwung 2021 ausfällt, das hängt zum einen vom Verlauf der Pandemie und den staatlichen Schutzmaßnahmen ab. Zum anderen davon, wie viele Mittel die Staaten zum Erhalt ihrer Wirtschaftsleistung mobilisieren können. Laut Planungen nehmen sie dafür derzeit Schulden in einer Höhe auf, die alle Erfahrungen aus der großen Finanzkrise ab 2008 in den Schatten stellen.

Die US-Regierung genehmigt sich dieses Jahr ein Haushaltsdefizit von rund 3700 Milliarden Dollar, das entspricht knapp 17 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung. In der Euro-Zone und in Japan ist ein Defizit von über sieben Prozent zu erwarten, Großbritannien dürfte auf acht Prozent kommen. Aber auch ärmere Länder wie Südafrika oder Brasilien haben Notprogramme aufgelegt, für die sie sich Milliarden leihen müssen. Die benötigten Mittel kommen von den Anlegern an den Finanzmärkten. Und sie sind es, die die Staatenwelt derzeit einer Prüfung ihrer Kreditwürdigkeit unterziehen.

Ergebnis dieser Prüfung ist eine klare Hierarchie: Die Mehrzahl – die armen Länder – erhalten keine Kredite zu bezahlbaren Zinsen von den Märkten mehr. Sie sind auf Unterstützung durch den Internationalen Währungsfonds angewiesen. 39 von ihnen stehen faktisch vor der Pleite, ihnen wurden vor zwei Wochen ihre bestehenden Schulden gestundet. Reiche Schwellenländer wie Südafrika, die Türkei und Brasilien dagegen erhalten zwar noch Geld von den Märkten – das wird allerdings teuer. Angesichts der steigenden Schulden stürzen ihre Währungen ab und die Zinsen für Kredite steigen.

So hat die türkische Lira seit Anfang Februar 15 Prozent gegenüber dem Dollar verloren. Der brasilianische Real wurde sogar um 30 Prozent abgewertet, und die Zinsen, zu denen sich Brasilien für zehn Jahre Geld leihen kann, stiegen von sechs auf über acht Prozent. Das gleiche in Südafrika: Der Rand hat seit Februar ein Viertel seines Wertes verloren, die Zinsen legten von 8,5 auf knapp elf Prozent zu. Sein Hilfspaket gegen die Corona-Pandemie „wird Südafrika vor nicht unerhebliche Finanzierungsprobleme stellen“, prognostiziert die Commerzbank.

Abwertende Währungen und steigende Zinsen setzen den Antikrisenmaßnahmen der Schwellenländer also enge Grenzen. Ganz anders dagegen ist die Lage in der Handvoll Länder, die die Heimatwährungen des globalen Kapitals herausgeben: Dollar, Euro, Pfund und Yen. Sie genießen das Vertrauen der Fi-

nanzmärkte, ihre vermehrten Schulden lassen weder ihre Währungen abwerten, noch führen sie zu deutlich höheren Zinsen. Im Gegenteil: Die ökonomischen Weltmächte sind sogar in der Lage, mitten in der Krise die Zinsen weiter zu senken. Und zwar, indem sie quasi als ihre eigenen Gläubiger auftreten: Die Regierungen der USA, Europas und Japans geben über Rekordsummen Anleihen aus. Diese Schuldscheine kaufen die Akteure an den Finanzmärkten ihnen ab. Gleichzeitig haben die Zentralbanken der USA, Europas und Japans billionenschwere Programme aufgelegt, mit denen sie die Anleihen ihrer Staaten erwerben. Im Endeffekt leihen sich die Staaten damit quasi selbst Geld, das die Notenbanken aus eigener Kraft schaffen. Ergebnis: Die staatlichen Schulden sammeln sich bei der jeweiligen Zentralbank „und sind damit de facto gestrichen“, erklärt die französische Bank Natixis. Spiegelbildlich dazu steigt die Menge an Euro, Dollar, Pfund und Yen in der Welt.

Solch eine Politik „können sich nur Staaten leisten, die eine anerkannte internationale Reservewährung herausgeben“, so die Natixis-Ökonomen. „Für Regierungen in Entwicklungs- und Schwellenländern dagegen ist die Situation komplett anders.“ Die gleiche Politik führe dort zu „einem Vertrauensverlust der Anleger, zu Kapitalflucht und rapider Entwertung der Währung“.

Die Coronakrise zeigt also, über was für ein machtvoll Instrument die Euro-Staaten mit ihrer Währung verfügen. Auf gleicher Stufe steht nur noch der Dollar und mit Abstrichen das Geld Japans und Großbritanniens. Der Status des Euro als Weltwährung erlaubt es den Ländern der Währungsunion, ohne Abwertungsverlust und zu geringsten Zinsen Mittel gegen die Krise zu mobilisieren, obwohl ihre Schulden zum großen Teil bereits hoch sind.

Dieser Status des Euro ist jedoch permanent gefährdet. Zwar ermöglicht er eine kostengünstige Verschuldung. Gleichzeitig aber läuft innerhalb der Euro-Zone der politische Streit darum, wer die gemeinsame Währung wie stark in Anspruch nehmen darf. Die Kreditwürdigkeit eines Staates wie Italien ist einerseits durch den Euro immer gesichert und andererseits immer gefährdet durch die Forderung von Ländern wie Deutschland, Rom dürfe nicht so viele Schulden machen.

Dieser prinzipielle Vorbehalt Deutschlands liegt derzeit auch vor Gericht. Am Dienstag nächster Woche wird das Bundesverfassungsgericht darüber entscheiden, ob ein Anleihekaufprogramm der Europäischen Zentralbank (EZB) überhaupt mit der deutschen Verfassung vereinbar ist. Damit steht das gesamte europäische Rettungsprogramm auf dem Spiel. Denn die EZB hat ihre Käufe von Schuldscheinen von Euro-Staaten in der Pandemie bereits auf 1,1 Billionen Euro erhöht. Zudem wird sie das Volumen „mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nochmals aufstocken müssen, um einen Anstieg der Zinsen in Europa zu verhindern“, so die Berenberg Bank.

Die deutschen Verfassungsrichter haben also über mehr zu entscheiden als bloß über eine Rechtsauffassung. „Sie wissen vermutlich, dass unter den gegebenen Umständen eine Einschränkung der EZB-Anleihekäufe ernsthafte Turbulenzen in der Euro-Zone zum schlechtest denkbaren Zeitpunkt auslösen würde“, erklären die Berenberg-Banker. „Richter leben nicht in einem politischen Vakuum.“ Aus diesem Grund erwarten sie für Dienstag kein negatives Urteil über die Anleihekäufe. „Drücken wir die Daumen.“

Stephan Kaufmann ist Wirtschaftsredakteur bei „nd.DieWoche“.

Der Status des Euro als Weltwährung erlaubt es den Ländern der Währungsunion, ohne Abwertungsverlust und zu geringsten Zinsen Mittel gegen die Krise zu mobilisieren.



Lissabon
18. März 2020
Hugo Amaral
imago images

Lockdown für Lebensmittel

Wie sich die Coronakrise auf die Versorgung im Globalen Süden auswirkt. **Von Haidy Damm**

„Die Covid-19-Pandemie betrifft nicht nur die öffentliche Gesundheit, sondern bedroht auch die globale Ernährungssicherheit.“ Mit diesen Worten eröffnete der Generalsekretär der UN-Ernährungsorganisation (FAO), Qu Dongyu, das Treffen der G20-Agrarminister*innen vor zwei Wochen. Bis Ende des Jahres könnte sich die Zahl hungernder Menschen verdoppeln, befürchtet die FAO. Allein in Westafrika könnte nach Angaben der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS die Zahl derer, die von Ernährungsunsicherheit und Unterernährung bedroht sind, zwischen Juni und August dieses Jahres von 17 Millionen auf 50 Millionen Menschen steigen.

Auch Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU) befürchtet eine Hungerkrise. 150 Millionen Euro will sein Ministerium umschichten und zudem ein Corona-Soforthilfeprogramm von einer Milliarde Euro auflegen. „Darin stellen wir jeden fünften Euro für die Hungerbekämpfung bereit“, erklärte Müller am Dienstag. Vor allem Krisenregionen seien betroffen, warnt die Welthungerhilfe. „Bleibt die internationale Staatengemeinschaft untätig, besteht die große Gefahr, dass das verhängnisvolle Zusammenspiel aus Corona-Pandemie, bewaffneten Konflikten und Klimawandel zu einer Hungerkatastrophe größten Ausmaßes führt“, sagte deren Präsidentin Marlehn Thieme.

Dabei ist die Lage anders als bei der Ernährungskrise 2008, als Ernteauffälle, geringe Lagerbestände und massive Spekulationen zu exorbitant hohen Preisen führten. In Corona-Zeiten geht es in erster Linie um den Zugang. „Heute gibt es genug Lebensmittel für alle, aber sie erreichen die Menschen nicht oder die haben kein Geld, um sich Lebensmittel kaufen zu können“, erklärte Agrarexpertin Marita Wiggerthale von der Entwicklungsorganisation Oxfam dem „nd“.

Eine weitere Folge der Grenzschießungen und Ausgangssperren: „Bäuerliche Produzent*innen bleiben auf ihren Lebensmitteln sitzen“, so Wiggerthale. Besonders dramatisch sei die Situation bei verderblichem Gemüse. Das Center for Sustainable Agriculture in Indien berichtet, dass die Einnahmen der Gemüseproduzent*innen im Vergleich zu 2019 um die Hälfte eingebrochen sind. Aus Togo sei bekannt, dass kleinbäuerliche Produzent*innen für einen 50-Kilogramm-Sack Avocados 33 Prozent weniger als üblich bekämen.

Andere Preise wiederum steigen. In Westafrika sind auf den meisten Märkten höhere Getreidepreise zu verzeichnen:

In Ghana stiegen die Preise für Reis und Hirse um 20 bis 33 Prozent, in Burkina Faso kosteten 100 Kilogramm Hirse innerhalb weniger Tage rund 4,50 Euro mehr. Preistreibend könnten sich zudem Exportbeschränkungen auswirken. Bisher sei das nur selten der Fall, so Wiggerthale, aber die Entwicklung könne sich ändern. So hat Russland am Dienstag angekündigt, die Exporte von Weizen sowie Roggen, Gerste und Körnermais zu stoppen, um die Getreidepreise zu stabilisieren und die Deckung des Binnenbedarfs zu gewährleisten. „Die aktuellen Preisschwankungen bilden den Nährboden für die exzessive Spekulation mit Nahrungsmitteln“, befürchtet Wiggerthale.

Ausgangssperren und die Abriegelung ganzer Ortschaften führen zudem dazu, dass Menschen sich nicht mehr versorgen können. So wurden in Senegal wichtige Verkehrsverbindungen zu lokalen Märkten gekappt. In Kenia und Nigeria führte der Lockdown zu Unruhen, weil Ausgangssperren es einerseits unmöglich machen, einkaufen zu gehen, andererseits die Versorgung mit Lebensmitteln durch Regierung und Hilfsorganisationen unzureichend ist. Hinzu kommt, je größer der informelle Sektor, desto weniger Möglichkeiten gibt es für die Menschen, Vorräte anzulegen – Essen wird von Tag zu Tag gekauft. „Betroffen sind all jene, die ohnehin am Rande der Existenz leben, wenig Geld verdienen und keinen finanziellen Puffer haben: Marktverkäufer*innen, Tagelöhner*innen, Plantagenarbeiter*innen, Migrant*innen, kleinbäuerliche Produzent*innen und nomadische Viehzüchter*innen“, sagt Wiggerthale.

„Die Covid-19-Pandemie erschüttert weltweit die städtischen Ernährungssysteme und stellt Städte und Kommunalverwaltungen vor eine Reihe von Herausforderungen“, erklärt auch die FAO. Lebensmittel müssten aber weiterhin erschwinglich, zugänglich und verfügbar sein, um eine Hungerkrise zu vermeiden. FAO-Generalsekretär Qu Dongyu mahnte deshalb eine Überprüfung der Grenzpolitik an und forderte Maßnahmen, „die nicht zu Unterbrechungen in der Versorgungskette führen“. Zudem müssten Kleinbäuer*innen, die sowohl für ihre Haushalte als auch für lokale Märkte produzieren, weiterhin Zugang zu Saatgut und Düngemitteln haben.

Haidy Damm ist Wirtschaftsredakteurin bei der Tageszeitung „neues deutschland“.



Madrid
1. April 2020
Javier Soriano
AFP

„Die IG Metall wird sich nicht ins Homeoffice zurückziehen“

Hans-Jürgen Urban im Gespräch über die Widerstandskraft von Gewerkschaften während der Corona-Pandemie

Hans-Jürgen Urban ist promovierter Sozialwissenschaftler und als geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall zuständig für Sozialpolitik, Arbeitsgestaltung und Qualifizierungspolitik. Das Interview führte **Ines Wallrodt**. Die Journalistin ist Gewerkschaftsredakteurin bei der Tageszeitung „neues deutschland“.

Zum ersten Mal in der Geschichte des DGB gibt es dieses Jahr zum 1. Mai keine Großdemonstrationen auf der Straße. Die Maifeiern wurden ja oft als Ritual kritisiert. Werden sie nun trotzdem fehlen?

Was fehlt, ist das emotionale Ereignis einer Mai-Kundgebung, das ein Gefühl von gemeinsamer Kraft und gemeinsamer Willensbekundung ermöglicht. Die Teilnehmerzahlen in den letzten Jahren bei den Demonstrationen haben gezeigt, dass diese Tradition allen Unkenrufen zum Trotz längst nicht tot ist. Mit Mai-Kundgebungen geht aber auch ein Moment öffentlicher Aufmerksamkeit für soziale Probleme in unserer Gesellschaft verloren. Wir sind in einer paradoxen Situation: Während sich soziale Konflikte wieder zuspitzen, wird es immer schwerer, politisch dagegen anzugehen.

Corona zwingt zu Vereinzelung. Für Gewerkschaftsarbeit dürfte das tödlich sein.

Richtig ist: Gewerkschaftliche Gegenmacht beruht auf Organisations-, Kommunikations- und Mobilisierungsmacht. Und diese Potenziale zu aktivieren, ist zurzeit sehr schwer. Mitgliederwerbung etwa ist eine echte Herausforderung, weil der persönliche Kontakt zu den Beschäftigten fehlt. Das erschwert vor allem die sonst übliche betriebliche Kommunikation. Auch die gewerkschaftliche Mobilisierung der Kolleg*innen ist mit dem Problem konfrontiert, dass viele nicht in den Betrieben anzutreffen sind, weil sie sich im Homeoffice, in der Kurzarbeit oder gar in der Arbeitslosigkeit befinden. Wir sind in der Situation besonders gefordert, den Kontakt mit neuen und mitunter noch nicht so üblichen Methoden zu halten. Dabei müssen Tageszeitungen, soziale Medien oder auch die

internen Gewerkschaftsmedien ein Stück weit den persönlichen Kontakt ersetzen. Aber die entscheidende Botschaft ist: Die IG Metall ist präsent, wir sind für unsere Mitglieder da, gerade in diesen schwierigen Zeiten.

Wie ist Ihre Bilanz nach acht Wochen Corona-Maßnahmen – wie gut konnten sich Gewerkschaften durchsetzen?

Ich denke, wir haben einiges erreicht. Der erleichterte Zugang zur Grundsicherung, verbesserte Möglichkeiten bei der Freistellung von der Arbeit, tariflich und gesetzlich verbesserte Kurzarbeitergeldregelungen und so weiter – das alles wäre ohne den kommunikativen Druck der Gewerkschaften, der es ja vor allem war, nicht erreicht worden. Aber wir registrieren auch: Gegenwärtig nimmt die klassenpolitische Schlagseite der öffentlichen Ausgaben zu. Und das Arbeitgeberlager ist wieder stärker dabei, offensiv eigene verteilungspolitische Forderungen zu formulieren.

Ein Beispiel?

Die wirklich nicht überzogene Aufstockung des Kurzarbeitergeldes ab dem vierten oder siebten Monat. Dieser Beschluss wird von den Arbeitgebern durch eine aggressive und wirklich unbotmäßige Kampagne beantwortet, in der jetzt schon wieder das Schreckgespenst des ausufernden Sozialstaats an die Wand gemalt wird.

Das Argument: Wenn dadurch die Firma pleitegeht, wäre der Job erst recht weg.

Das ist wirklich heuchlerisch. Durch die Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge bei der Kurzarbeit fließen erhebliche

Teile der Finanzmittel in die Kassen der Unternehmen. Unsere Forderung, wenigstens die Hälfte davon an die Beschäftigten weiterzureichen, wurde systematisch blockiert. Der Interessensgegensatz zwischen Kapital und Arbeit ist offenbar auch resistent gegen das Coronavirus.

Während es für viele am unteren Ende der Einkommenskala um die Existenz geht, kommen die Superreichen in der Debatte kaum vor. Wie kann man hier die Aufmerksamkeit verschieben?

Spätestens wenn die Frage ansteht, wie die jetzt wachsenden Staatsdefizite refinanziert werden, wird die Gesellschaft vor beinhalten Verteilungskämpfen stehen. Da gibt es ein paar Mindestanforderungen, für die wir gesellschaftlich wahrnehmbar kämpfen müssen: Unternehmen, die öffentlich gefördert werden, dürfen natürlich keine Dividende an die Aktionäre ausschütten. Vorstände und Aufsichtsräte müssen ebenfalls auf Teile ihrer Bezüge verzichten. Zugleich muss offensiv über eine Vermögen- und Erbschaftsteuer nachgedacht werden. Wir müssen endlich ernst machen bei der Finanztransaktionssteuer, und wir werden das Ganze europaweit denken müssen. Wir erleben derzeit einen Totalausfall der Europäischen Union als Akteur, der gefordert wäre, europaweite Solidarität zu organisieren. Wenn Europa da nicht die Kurve kriegt, wird der Akzeptanzverfall in den besonders von der Krise betroffenen Ländern derartig voranschreiten, dass sich das zu einem Überlebensproblem der gesamten Europäischen Union auswachsen könnte.

Welche Spielräume haben Gewerkschaften, um Unternehmen unter Druck zu setzen, solange Streiks als Option ausfallen?

In einer Zeit, in der immer noch produziert oder die Produktion wieder hochgefahren wird, wird sich die IG Metall sicher nicht ins Homeoffice zurückziehen! Wir werden präsent sein, wenn jetzt die betrieblichen Konflikte zunehmen. Dabei geht es um unverzichtbare Mindeststandards des Infektionsschutzes, die betriebliche Umsetzung der Kurzarbeitsregelungen, aber auch um die Abwendung von Insolvenzen, Entlassungen oder Tarifunterschreitungen.

Bei alledem werden die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen schlechter sein als vor der Krise. Wie bereiten sich Gewerkschaften auf die absehbare „Gürtel enger schnallen Debatte“ vor?

Sollte sich die ökonomische Krise weiter zuspitzen und die Arbeitslosigkeit steigen, wird das mit Sicherheit gewerkschaftliche Interessenvertretungspolitik erschweren. Wir werden die Beschäftigten aber auf jeden Fall aktiv bei den absehbaren betrieblichen Konflikten unterstützen. Konflikterfahrungen dieser Art können zugleich das Selbstbewusstsein stabilisieren und zeigen, dass man auch unter Krisenbedingungen für seine Rechte kämpfen kann. Zudem geht es schon in der jetzigen Konfliktsituation darum, Einfluss auf den zukünftigen Entwicklungspfad der Gesellschaft zu nehmen. Oder anders gesagt: In der gegenwärtigen Krise werden die Strukturentscheidungen mit Zukunftswirkung getroffen. Die Fragen lauten: Wollen wir zurück in die angeblich guten alten Zeiten des Vorkrisenkapitalismus? Oder wollen wir in der Krise die Gesellschaft durch Strukturreformen auf einen anderen Pfad drängen? Einen Pfad, der auch die Probleme wieder adressiert, mit denen wir schon vor der Krise konfrontiert waren und die schnell zurückkehren werden.

Ist das die Hoffnung von der Krise als Chance? In der Finanzkrise hat die sich nicht erfüllt.

Für eine Wende nach links braucht es starke linke Akteure; wenn die nicht vorhanden sind, nützen uns auch gute Ideen nicht viel. Konzepte müssen von Allianzen getragen werden, die willens und fähig sind, die Gesellschaft in diese Richtung zu verschieben. Ein Beispiel: Sobald die Risiken der Pandemie abnehmen, wird die drohende Klimakatastrophe mit alter Wucht ins öffentliche Bewusstsein zurückkehren. Die Frage ist, ob öffentliche Mittel für die Stabilisierung von Arbeitsplätzen und ökonomischen Strukturen dafür verwendet werden, die alten Strukturen, die alten Produktionsmethoden und Produkte zu konservieren. Oder ob es gelingt, diese Mittel in die ökologische Transformation fließen zu lassen, also aus der Krise anders herauszukommen, als man in sie hineingeraten ist.

Wie kann das aussehen?

Mein Plädoyer: Wir müssen einen ökologischen Mehrwert, einen ökologischen Zusatznutzen als Bedingung für das Gewähren von öffentlichen Mitteln definieren. Das gilt für die Stahlindustrie wie für die Automobilindustrie. Kapitalistische Märkte versagen angesichts der Umweltkrise, hier braucht es politische Interventionen. Auch Gewerkschaften stehen vor der Aufgabe, Zielmarken solcher Art zu definieren. Der 1. Mai ist ein wichtiger Tag, um solche Vorstellungen zu artikulieren.

ANZEIGE



Die neue Ernte des doppelt-solidarischen Olivenöls der Kooperative „Messinis Gea“ aus Südwestpeleponnes (Griechenland) ist da.

Ab jetzt unter anderem erhältlich bei:

SolidariTrade www.solidaritrade.de

extra-nativ mit nur 0,22% Säuregehalt



Brüssel
16. März 2020
Benoit Doppagne
AFP

Katastrophale Auswirkungen auf Frauen weltweit

Die Corona-Pandemie könnte zu Millionen ungeplanten Schwangerschaften und Kinderehen sowie einem deutlichen Anstieg häuslicher Gewalt führen. **Von Mascha Malburg**

Der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) warnt vor den „katastrophalen Auswirkungen“ der Corona-Pandemie für Frauen in Ländern mit niedrigem bis mittlerem Einkommen: Aufgrund von wirtschaftlichen Einbrüchen, anhaltenden Ausgangsbeschränkungen und unterbrochenen Lieferketten rechnen die Experten mit bis zu sieben Millionen ungeplanten Schwangerschaften, 13 Millionen zusätzlichen Kinderehen und einem Anstieg der häuslichen Gewalt um 20 Prozent. Die Pandemie könnte außerdem zu erheblichen Verzögerungen von Programmen zum Schutz von Frauen führen.

Je länger die Krise anhält, desto mehr Frauen leiden unter deren Folgen. Das zeigen die Kalkulationen des Bevölkerungsfonds: Demnach hätten nach sechs Monate anhaltenden Einschränkungen bereits 47 Millionen Frauen ihren Zugang zu Verhütungsmitteln verloren. Mit jedem weiteren Monat kämen Hunderttausende Frauen hinzu, die sich aufgrund unterbrochener Lieferketten, geschlossener Ausgabestellen und eingeschränkter medizinischer Versorgung nicht mehr vor ungewollten Schwangerschaften schützen könnten. So rechnen die Experten mit bis zu sieben Millionen ungeplanten Schwangerschaften im nächsten halben Jahr.

Auch die Zahl der Kinderehen könnte durch die Folgen der Pandemie um mehrere Millionen steigen, fürchten die Vereinten Nationen. Einerseits würden wirtschaftliche Einbrüche

Familien zwingen, ihre Töchter früh zu verheiraten, andererseits könnten zahlreiche Projekte zum Kampf gegen Kinderehen derzeit nicht stattfinden. So blieben zum Beispiel UN-finanzierte Schulen geschlossen, die in den vergangenen Jahren etliche Mädchen nachweisbar vor der Kinderehe bewahrten. Daneben würden auch Programme zur Beendigung der weiblichen Genitalverstümmelung erheblich verzögert, wodurch zusätzlich zwei Millionen Mädchen von der grausamen Praxis bedroht seien.

Im Bereich der häuslichen Gewalt gegen Frauen sei schon jetzt ein Anstieg zu erwarten, heißt es in dem veröffentlichten Bericht. „Während der Ausgangssperre habe ich viele Frauen getroffen, die der Gewalt ihrer Ehemänner ausgesetzt sind“, berichtete die Mitarbeiterin eines Frauenprojekts in Syrien. Sie beobachte zahlreiche Familien, in denen Ehemänner gewalttätig würden, nachdem sie ihren Job in der Pandemie verloren hätten. Die missbrauchten Frauen seien derzeit „wie Gefangene im eigenen Haus“ und hätten kaum noch Möglichkeiten, der Gewalt zu entfliehen. Die Vereinten Nationen rechnen mit 31 Millionen zusätzlichen Fällen geschlechtsspezifischer Gewalt, sollten die Ausgangssperren weitere sechs Monate anhalten.

Mascha Malburg ist Online-Redakteurin bei der Tageszeitung „neues deutschland“.

Die Coronakrise des Freihandels

Die Wildwestmentalität ist Bestandteil einer auf sogenannten Freihandel ausgerichteten internationalen Handelsarchitektur. **Von Florian Horn**

In der Krise konkretisiert sich das Versagen der herrschenden Handelspolitik. Während der Corona-Pandemie besonders nachgefragte Güter – zum Beispiel Schutzmasken, Medikamente und medizinische Ausrüstung – werden auf dem Wildwest-Weltmarkt von Desperados direkt auf dem Rollfeld entführt oder von Schurken gehamstert.

Diese Wildwestmentalität wird zwar in der Krise besonders sichtbar, ist aber auch Bestandteil einer auf sogenannten Freihandel ausgerichteten internationalen Handelsarchitektur. Eine Politik, welche sich unter ideologischem Gewand an den Profitinteressen der Starken ausrichtet und dabei die Schwächeren über die Klinge springen lässt. Freihandel geht heute weit über den Abbau von Zöllen hinaus. Der Abbau von „nicht-tarifären“ Handelshemmnissen, also zum Beispiel sozial- oder umweltpolitische Regelungen, dient dazu, ein global vereinheitlichtes Wirtschaftsterrain aufzubauen. So werden bestehende Strukturen gefestigt und angemessene nationale Politiken verhindert, wodurch global agierende Konzerne gestärkt werden. Das kann auch zur Folge haben, dass eine bereits vor Jahren geplante Bevorratung mit Beatmungsgeräten durch eine wilde Übernahmeschlacht globaler Medizintechnikfirmen lange verzögert wird, so dass die Geräte heute, wenn sie dringend benötigt werden, nicht zur Verfügung stehen.

Mit Corona wird die Zerbrechlichkeit globaler Lieferketten sichtbar, deren Aufbau durch die mächtigsten Staaten in der Welthandelsorganisation (WTO) vorangetrieben und durch immer tiefer greifende Handels- und Investitionsabkommen verfestigt wurde. Im Laufe der Jahre wurden so nicht nur einst prosperierende Industrieregionen unter enormen sozialen Kosten in rostige Ruinen verwandelt, sondern eben auch Kapazitäten vernichtet, die wichtig wären, um die heutige Versorgungskrise in den Griff zu bekommen. Nun sind, um die Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten, neben dem bekannten „America first“ ähnliche Töne auch aus anderen Ländern – selbst aus der EU – zu hören. In der Krise zeigt sich, dass der Nationalstaat und die nationalen Interessen noch immer die Ultima Ratio der tatsächlichen Politik sind. Trumps Handelsberater Peter Navarro drückt das so aus: Wenn es hart auf hart kommt, ist es egal wie viele Handelsverträge abgeschlossen wurden. In Frankreich wurde bereits eine Debatte um Relokalisierung wichtiger Produktionszweige angestoßen, ob dies allerdings das vom Chefökonom einer französischen Investmentbank voreilig beschworene Ende des Neoliberalismus ist, bleibt abzuwarten.

Die Zeichen stehen also auf Veränderung, dies ist jedoch kein Anlass zu frohlocken.

Möglich, dass es zu sehr selektiven Veränderungen in der internationalen Handelsarchitektur kommen wird, die allerdings darauf ausgerichtet sein werden, das bestehende System zu verfestigen. Von Seiten der Großunternehmen wächst bereits die Sorge, dass die profitablen globalisierten Wertschöpfungsketten unterbrochen werden oder gar langfristig zerbrechen könnten. Die WTO fordert daher eine schnellstmögliche Rückkehr zum business as usual, also die Rückkehr zu einem Handelssystem, welches in der Krise grandios gescheitert ist. Gescheitert auch, da sich sein Grundpfeiler, der global entfesselte Wettbewerb von Waren, Kapital, Dienstleistungen und Arbeit, in der Krise als anfälliger denn zuvor erweist. Dass dieses Han-

delsregime auch vor Corona-Zeiten Ungleichheit zwischen den Völkern verstärkt, diese in Handelskriege und eine ökologische Katastrophe gestürzt hat, ist ohne Konsequenzen geblieben. Die Aufrechterhaltung des bestehenden Handelsregimes wird daher auch weiterhin Priorität haben, aber die Herrschenden wissen: Damit alles bleibt, wie es ist, muss sich alles ändern. Was sich im Detail an der internationalen Handelsarchitektur ändern wird, das ist natürlich infolge der Unvorhersehbarkeit der Auswirkungen der Krise ungewiss, dennoch kristallisieren sich einige Elemente heraus, von der Relokalisierung wichtiger Produktionszweige über eine zunehmende Bedeutung der Digitalisierung in der Produktion bis hin zu einer autoritären Verfestigung der Produktionsweisen. Bereits laufende Umstrukturierungen zum Beispiel durch Stellenabbau könnten sogar beschleunigt werden. Nicht das Risiko für die Menschen ist entscheidend, sondern der Risikofaktor Mensch.

Aber wie könnte die Krise als Chance für eine Abkehr vom Freihandelsregime genutzt werden? Zurzeit befinden sich auch die Verwalter der herrschenden Handelsarchitektur im Krisenmodus, also in höchster Verunsicherung. So wurden laufende Verhandlungsrunden über Freihandelsabkommen vorerst verschoben, weil sich zum Beispiel Chefverhandler vorübergehend in Quarantäne befinden und möglicherweise ein neuer Modus Operandi für internationale Verhandlungen gefunden werden muss. Die für Juni geplante WTO-Ministerkonferenz wurde bereits abgesagt, aber Verhandlungen in der WTO über Fischeisubventionen gehen derzeit weiter, und auch die Verhandlung zu dem Mercosur-EU-Handelsabkommen steht weiterhin oben auf der Agenda der deutschen Ratspräsidentschaft. Freihandelskritische Netzwerke fordern daher zunächst die bedingungslose Einstellung von Verhandlungen während der Krise, aber dies ersetzt keine langfristige Strategie.

Eine Abkehr von der Freihandelsdoktrin wird auch in Zukunft nicht durch ein wundersames Einlenken jener, die vom Bestehenden profitieren, erreicht, sondern nur, wenn breite Teile der Gesellschaft ausreichend Druck entfalten. Im Rahmen einer Re-Regionalisierung der Wirtschaft, auch unter Zuhilfenahme von Werkzeugen eines linken Protektionismus, kann darüber nachgedacht werden, welche Angebote es an all jene Menschen geben kann, die sich derzeit Sorgen um ihre Zukunft, ihre Gesundheit, ihre Jobs machen, um so die sich andeutende Umstrukturierung von internationalen Handelsbeziehungen und Produktionsverhältnissen aus Arbeitnehmerperspektive zu gestalten und hierfür Luft aus dem Druckkessel des internationalen Wettbewerbs abzulassen. Dies kann auch im Sinne globaler Solidarität sein (die UN-Entwicklungskonferenz weist darauf hin, dass der Corona-Schock Entwicklungsländer besonders hart treffen wird), denn durch Entkopplung werden Spielräume für eine souveräne Wirtschafts-, Industrie- und Geldpolitik eröffnet, die notwendig für eine nachhaltige Entwicklung sind. Bekannt ist, dass es bereits Konzepte für Alternativen zum Freihandelsregime gibt und dass zum Beispiel Kuba, welches in der Coronakrise Handlungsfähigkeit beweist, der Welt ganz nebenbei zeigt, was gelebte Solidarität bedeutet.

Florian Horn ist Mitarbeiter des Brüsseler Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Eine Abkehr von der Freihandelsdoktrin wird nur erreicht, wenn breite Teile der Gesellschaft ausreichend Druck entfalten.

